

großen Nebel gewarnt, das nicht nur den äußeren Gütern des Lebens, sondern auch der Eitlichkeit und Religion drohe.

Alberdingks renommiert auch das Blatt: „Mag Leo XIII. von seiner Erde gepriesen werden als einer der größten Päpste; dem Sozialismus, dem er sich sofort entgegen gestellt hat, ist er nicht gefählich geworden.“

Dieser Satz wird gewissen Leuten sicherlich Freude machen, wir werden ihn wohl auch öfter noch wiedersehen.

Die langen Auslassungen der „Dresd. Nachr.“ und des „Leipz. Tagebl.“ können wir kurz charakterisieren: „Wo die Gedanken fehlen, stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Man kann es auch Tam-Tam nennen; ganz nach Belieben.

Die Dresdener antihemistische „Deutsche Wacht“ benützt die Gelegenheit, für ihren Germanismus Messias zu machen: „Das von Leo besegte und dann gestürzte Zentrum ist die herrschende Partei, und selbst in den meisten Staaten mit überwiegend katholischer Bevölkerung gilt nicht in dem Maße wie in Preußen und Deutschland der lebende Satz: Katholisch ist Trumpf!“

Wenn auch diesmal die Wahl auf einen klugen und gewandten Papst fällt, unter Weisern muß es sein, dafür zu sorgen, daß germanisches und romanisches Wesen wieder in Deutschland die Führung erlangt, und in diesem Sinne das Wort zur Wahrheit werde: „Los von Rom!“

Wir und manche andere Leute werden sich diese „deutsche“ Gemüthsweise merken.

„Berliner Volksanzeiger“: „Mit der tiefen Trauer der katholischen Welt, die ein innig geliebtes und verehrtes Oberhaupt beklagt, empfindet sich heute das unrichtige Mißgefühl auch der Andersgläubigen, denen der Sinn für schlichte Größe noch nicht abhanden gekommen ist.“

„Deutsche Warte“: „Einer der edelsten und weisesten Männer unseres Jahrhunderts ist mit ihm dahingegangen. Nicht bloß am katholischen Himmel, nein, auch an dem der Humanität, der reifsten und abgeklärtesten Menschlichkeit, ist ein großes und glänzendes Licht erloschen. Wenn unsere Zeit noch den überirdischen Ehrentitel eines Heiligen zu vergeben hätte — Leo dem Dreizehnten könnte er zuteil werden!“

„Deutsche Tageszeitung“: „Der Nachfolger Pius IX. ist aus dem Leben geschieden, und mit ihm ein Mann, dessen Namen die Geschichte unter die großen Päpste einreihen wird. Er hat das Papsttum mit neuem Glanze umkleidet, ist gleich hervorragend gewesen als Papst, als Diplomat, als Gelehrter und als Dichter, und selbst die Gegner der Kirche haben nicht umhin gekonnt, den ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften dieses Trägers der Diakonie die gebührende Anerkennung zu zollen.“

„Berliner Neueste Nachrichten“: „Wird man auf das arbeitsreiche Leben des Papstes, der auch als Schriftsteller auf dem Gebiete kirchlicher und sozialer Prosa eine rege Tätigkeit entfaltet hat, zurück, so wird man ihm die Anerkennung zollen müssen, daß er im Dienste der von ihm vertretenen Ideen für die katholische Kirche in schwieriger Zeit Großes geleistet hat.“

„National-Zeitung“: „In der langen Reihe der Päpste von dem Apostel Petrus und Linus an werden die beiden letzten, Pius IX. und Leo XIII., der nun nach langem Lebenskampfe in die Ewigkeit eingegangen ist, in der Geschichte des Papsttums auf dem vordersten Platze stehen. In Leos Wesen lag es, daß in den fünfundsiebzig Jahren seines Pontifikats nicht nur mit Italien, sondern mit allen anderen Staaten des Friedens bewahrt und jede Unversöhnlichkeit ausgeschlossen wurde. Die kirchliche Würde, die geistige Hoheit, die Weisheit und Geduld des Alters verknüpften sich in ihm, um ihn in dem Verkehr mit den mächtigsten Monarchen, mit unzähligen Fürstentümern stets als das Muster eines Vorkämpfers und den Menschen ein Vorbild zu erscheinen zu lassen. Am alle, die ihm näher kamen, hat er diesen Zauber des Friedens ausgeübt.“

S. K. Submissionsblüten.

Eine ständige Substanz in nahezu allen Handwerkskammerberichten, ein häufiger Punkt in den Tagesordnungen größerer Handwerksversammlungen ist die Frage der Regelung des Submissionswesens. Alle bis jetzt abgehaltenen Handwerks- und Gewerbetage haben sich aufs eingehendste mit dieser Frage beschäftigt. So groß die Mißstände auf diesem Gebiete waren und so dringende Abhilfe geboten erschien, so war es doch keineswegs eine leichte Aufgabe, bei der schwierigen Materie Staat und Gemeinde nun einen für alle Fälle gangbaren Weg zu zeigen. Auf den ersten beiden Kongressen der Handwerks- und Gewerbetage gingen die Meinungen über den einzuschlagenden Weg noch recht weit auseinander, bis man sich auf dem 3. (Weipziger) Tage auf eine Reihe von Leitlinien einigte. Man stellte aber dabei den Kammern anheim, Einzelforderungen entsprechend den örtlichen Verhältnissen zu formulieren.

Von Staatswegen beginnt man ersichtlichweise den gerechten Forderungen der Handwerker auf dem Gebiete des Submissionswesens Rechnung zu tragen. Bayern hat bereits an Stelle der aus dem Jahre 1861 stammenden Instruktion über die Veranschlagung der Staatsbauarbeiten neue Vorschriften über die Vergabung staatlicher Arbeiten und Lieferungen erlassen. Auch der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat im Februar d. J. einen „Entwurf zu neuen Bestimmungen über die Vergabung von Leistungen und Lieferungen für die Staatsbauverwaltung“ herausgegeben und den Handwerkskammern zur Begutachtung überwiesen.

Von den Gemeinden sind den diesbezüglichen Wünschen der Handwerker leider nur erst einige wenige entgegen gekommen. Eine Reform des Submissionswesens, in erster Linie die Befestigung der Vergabung an den Mindestfordernden, erweist sich aber für die Gemeinden als eine um so dringendere Aufgabe, je größer die Mißstände bei der Vergabung kommunaler Arbeiten zu werden drohen. Freilich liegt die Ursache des Übels nicht allein bei den vergabenden Behörden, sondern zum Teil auch bei den Handwerkern selbst. Das zeigen die „Submissionsblüten“, die im Laufe der vergangenen Frühjahrszeit durch die Presse gegangen und so eigentümlicher Art sind, daß eine Würdigung dieser Tatsachen von neuem unmöglich erscheint. Nur einige dieser „Blüten“ seien hier genannt.

In Mannheim betrug bei einer Submission auf die Maler- und Tüncherarbeiten am Postweiterbau das Höchstgebot 30880,10 Mk., das Mindestgebot 7123,33 Mk.

Die Differenz zwischen Höchst- und Mindestgebot betrug demnach 23756,77 Mk.!

Bei Vergabung einer Wasserleitung in Kleinwig lautete das Höchstgebot auf 80864,80 Mk., das niedrigste Gebot auf 32576 Mk. Es ergab sich also eine Differenz von rund 48000 Mk.!

Bei Vergabung der Erd- und Maurerarbeiten zum Bau des Realgymnasiums in Raumburg ergab sich als höchstes Forderungsangebot 123475,74 Mk., als niedrigstes 70315,02 Mk., demnach Differenz: 53160,72 Mk.!

In Düsseldorf wurden Maler- und Anstreicherarbeiten vergeben mit einer Kostenschlagsumme von 11162,50 Mk. Unter 24 Offerten betrug das niedrigste Angebot 10 Proz., das höchste 49 1/2 Proz.!

Das Stadtbauamt Reuß hatte 182 Meter eiserne Geländer ausgeschrieben. Das Höchstgebot pro laufenden Meter betrug 20 Mk., das niedrigste 8,50 Mk.!

Die Reihe gleicher oder ähnlicher „Blüten“ könnte noch vermehrt werden. Mit Stimm fragt man sich nach der Möglichkeit dieser Ergebnisse; 49 1/2 Proz. Abgebot von der durch eine gewisssparame Behörde ermittelten Kostenschlagsumme! 50 und mehr Prozent Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Forderungsangebot! 48000 Mk. mehr oder weniger scheint wenig zu verschlagen! Gewis, mäßige Differenzen in den Angeboten können sehr wohl begründet sein. Ein kapitalträchtiger, mit hohen Summen arbeitender Unternehmer hat zweifellos seinen mit geringeren Mitteln wirtschaftenden Kollegen gegenüber weite Chancen voraus. Er kann billiger liefern und ist darum dem kleinen, in der Vereinzelung stehenden Handwerker gegenüber immer und überall im Vorteil. Nur durch Gründung von Genossenschaften und bei vollendeter kaufmännischer und technischer Betriebsweise kann der Kleinhändler diese gegebene Schwäche seiner Position ausweichen.

Nach einem anderen Punkt wollen wir nicht vergessen: Die Zeiten sind schlecht, und es ist jedem Unternehmer, dem kleinen wie dem großen, um Arbeit zu tun. Und vor allem der kleinere, selbst mittelgroße Handwerker glaubt, das, was er weniger fordert, als unter gewöhnlichen Umständen angemessen wäre, durch größeren Fleiß und Ueberstunden wieder einzubringen.

Aber trotz Berücksichtigung all dieser Umstände bleibt doch das Räthselhafte dieser „Blüten“ bestehen. An einigen in der „Beidenhainischen Gewerbezeitung“ mitgetheilten Fällen wird haarklein nachgewiesen, daß bei den dort angegebenen Mindestgeboten nach Bestreitung der Kosten für Materialien und Löhne für den Unternehmer am Verdienst so gut wie nichts übrig bleibt. Ein alter Krätzer schreibt angesichts solcher Tatsachen demselben Blatte:

„Bei solchen Angeboten wirt sich die Frage auf: „Sind die Klagen der Handwerker über zu niedrige Preisansätze in den Kostenausschlägen der Behörden und Architekten berechtigt?“ Die Frage muß entschieden verneint werden. Ihren Ruin verschulden die Handwerker bei solchem Vorgehen selbst.“

Etwas wahres liegt sicherlich in diesem Satze. Will der Unternehmer reelle und vorgeschriebene Arbeit liefern und seinen Arbeitern den ordentlichen Lohn bezahlen, dabei dann bis zu 50 Proz. unter einem sorgfältig aufgestellten Kostenausschlag heruntergehen, so kann in den meisten Fällen nur ein Fehler in der Kalkulation vorliegen. Man kann es darum gar nicht betonen, daß für jeden Handwerker das Vermögen einer angemessenen Kalkulationsfähigkeit die unerlässliche Vorbedingung eines erfolgreichen Arbeitens ist.

Ein großer, wenn nicht der größte Teil der Schuld liegt aber bei den vergabenden Behörden. Bei ihnen ist die Vergabung an den Mindestfordernden noch die Regel. Es ist darum immerhin erklärlich, wenn ein Handwerker, der Arbeit braucht, zum Schaden seiner eigenen Existenz vom dem Streben beherricht wird, wenn eben möglich, das mindeste Angebot zu machen und so die Arbeit zu erhalten. Soll es doch bei Handwerkern vorkommen, daß sie heute, nachdem sie die vorhergegangene Lieferung, sogar bei 30 oder 40 Prozent Abgebot, nicht erhalten haben, bei der zweiten Vergabung nur nichts für nichts, ohne einmal selbst einen gewissen Ueberschlag gemacht zu haben, ein Abgebot von 45 und 50 Prozent machen, um hier größere Aussicht zu haben, die Lieferung zu erhalten. Hat aber eine Behörde unter sachmännlicher Aufsicht und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einen genauen Kostenausschlag aufgestellt, und ein Unternehmer macht ein Abgebot vom Kostenausschlag in der Höhe, wie oben angeführt, so vermag auch ein Laie einzusehen, daß unter solchen Umständen in der Regel ein Verdienst des Unternehmers wohl nur auf Kosten der Güte der Arbeit oder des Lohnes der Arbeiter herauszuwirtschaften ist. Minderwertige Arbeit zu stellen oder niedriger Auslösung der Arbeiter Vorschub zu leisten, kann aber wohl nicht die Aufgabe der Behörden sein.

Es liegt darum nicht nur im Interesse der Handwerker, sondern der kommunalen wie auch staatlichen Behörden selbst, nicht an den bisher üblichen Submissionsformen, insbesondere dem Prinzip der Vergabung an den Mindestfordernden unter allen Umständen festzuhalten, sondern die Art der den Handwerkern vorgeschlagenen Neuregelung des Submissionswesens in Erwägung zu ziehen und nach Möglichkeit den Wünschen der Handwerker Rechnung zu tragen. Sie dürfen sich versichert sein, daß die Handwerker bei Verhandlungen jedes Entgegenkommen beweisen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Zur bevorstehenden Papstwahl wird anscheinend offiziös vermeldet, daß die deutsche Regierung sich ganz neutral verhalten und in keiner Weise einmischen werde. Dasselbe erwartet man auch von den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Englands. Die italienische Regierung hat schon die gleiche Erklärung abgegeben. Zu erwarten ist der Versuch einer Einmischung höchstens von Frankreich, dessen kirchenfeindliche Regierung natürlich ein schlechtes Gewissen hat und daher die Wahl eines energischen Papstes wohl gern hintertreiben möchte.

— Eine freisinnig-sozialistische Wahlverbänderung soll bei den nächsten preussischen Landtagswahlen in Kraft treten, d. h. wenn alles so geht, wie die Pläneschmieder wünschen. Die „Berliner Zeitung“ des Herrn Ullstein, die wie die ihr gesinnungsverwandte „Volks-Zeitung“ des Herrn Cohn im Gegensatz zu Eugen Richter die freisinnige Volkspartei zu einem Anhängel der Sozialdemokratie machen möchte, kennt ihre Leute doch gut genug, um einzusehen, daß die freisinnigen Wähler der ersten und zweiten Klasse sich nicht leicht entschließen werden, einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Ja, sie fürchtet sogar, daß ein selbständiges Auftreten der Sozialdemokratie viele freisinnige Wähler ins Lager der „Reaktion“ treiben könnte. Deshalb rät sie den Sozialdemokraten, mit Ausnahme von drei Berliner Wahlkreisen nirgendwo eigene Wahlmänner aufzustellen, sondern offiziell für die freisinnigen Wahlmänner zu stimmen. Zum Entgelt dafür sollen die drei gedachten Berliner Wahlkreise den Sozialdemokraten abgetreten werden, d. h. von den Berliner Freisinnigen erwartet die „Berl. Ztg.“ allenfalls jenseit „politisches Verständnis“, daß sie im höheren Interesse Sozialdemokraten ihre Stimmen zuwenden, von den „Provinz“ Freisinnigen aber nicht! Der „Vorwärts“ weist höhnisch dieses Geschäft zurück; so billig tun es die Noten nicht. Da müssen also die Herren Ullstein, Cohn und Rosse schon höher hinauf bieten!

Oesterreich-Ungarn.

— Nachklänge zur Dusefeier. Die Narodni Listy sagen offen heraus: „Wir können der tschechischen Öffentlichkeit die niederschmetternde Mitteilung nicht ersparen, daß der Versuch gemacht und teilweise auch von Erfolg gekrönt wurde, eine tschechische öffentlich wirkende, wenn auch einen sehr beschränkten Einfluß genießende Persönlichkeit zu gewinnen und sie zum Verzeuge der Los von Rom Bewegung zu machen ganz im Sinne der alldeutschen Ziele dieser Bewegung, unter demselben religiösen Deckmantel und dem Vorwande der geistlichen Reformationswiederherbebung. Diese von Tschechen inspirierte Agitation wurde schon lange beobachtet und hat in den Dunstigen ihre Wirksamkeit gefunden. Schon im heurigen Winter hieß es, daß zwischen dem Evangelischen Bunde einerseits und einigen tschechisch-evangelischen Geistlichen und den Führern der Realistenpartei andererseits Annäherungsversuche behufs Propagierung der Los von Rom-Bewegung auch im tschechischen Volke eingeleitet würden. Diese Verhandlung führte dann von Seiten der tschechischen Realisten zur Einladung der deutsch evangelischen Vereine in Halle a. S. und des deutschen evangelischen Zentralbundes in Berlin zu den Prager Dusefeierlichkeiten. Die Einladung ging durch Vermittelung des Pfarrers Dusek von der Evangelischen Beseda aus.“ So die Narodni Listy, das führende Parteiorgan der Jungtschechen. Wir können also diesen Ausführungen vollen Glauben schenken.

Rom.

— Vom Kaiser von Oesterreich traf folgendes Telegramm ein: „In dem Augenblicke, wo die katholische Welt durch die Nachricht von dem Hinscheiden ihres obersten Hirten in tiefste Trauer versetzt ist, liegt es mir besonders am Herzen, Eurer Eminenz den großen Schmerz auszudrücken, welchen dieser herbe und in der ganzen Welt tief empfundene Verlust für verursacht. Die sinnliche Liebe und die unbegrenzte Verehrung, welche ich für den Heiligen Vater zu dessen Lebzeiten empfand, folgen dem Dahingehenden in die Ewigkeit. Sein Andenken wird für immerdar gesegnet sein und es ist ihm für alle Zeiten ein hervorragender Platz in den Annalen unserer heiligen Kirche gesichert.“

— Der amerikanische Staatssekretär Hay telegraphierte an Kardinal Rampolla, Präsident Roosevelt habe ihn beauftragt, das tiefgefühlte Beileid anlässlich des Verlustes, den die christliche Welt durch den Tod des Papstes erlitten hat, zu übermitteln. Durch seinen erhabenen Charakter, sein großes Wissen und seine begabende Lebenswürdigkeit gereichte der Papst seiner hohen Stellung zur Ehre und machte seine Regierung zu einer der glänzendsten, wie sie auch eine der längsten in der Geschichte der katholischen Kirche gewesen ist.

— Alle kirchlichen Kemter bleiben bis nach Abschluss der Trauerfeierlichkeiten geschlossen. Die öffentlichen Schaustellungen sind eingestellt worden. Die beim Vatikan akkreditierten Postschaff, sowie die auswärtigen religiösen Institute haben die Fahnen auf Halbmast gehißt. Sofort nach dem Bekanntwerden der Todesnachricht schlossen viele Kaufleute ihre Läden, indem sie an denselben Tafeln mit der Aufschrift: „Wegen der allgemeinen Trauer geschlossen“ anbrachten.

Serbien.

— Ueber die „Verdrehernatur“ des ermordeten Königs Alexander macht der frühere Ministerpräsident Georgiewitsch in der „Zukunft“ sensationelle Enthüllungen. Es heißt darin u. a.: „Wir schwiegen lange, denn wir liebten unser Land; aber heute, da ich das Wort ergriffen habe, um mein Volk gegen ein grausames und ungerechtes Urteil zu verteidigen, heute sage ich und heute schwöre ich, daß König Milan I., der in meinen Armen in Wien starb, Knapp vor seinem Tode, also in einer Stunde, wo alle Sterblichen wahr sehen und wahr sprechen, mir gesagt hat: „Das letzte Attentat auf mich war das Werk dessen, den ich in meinem Leben allein innig geliebt habe, es war das Werk meines einzigen Sohnes, für den ich vergessen habe, daß ich König gewesen bin, und dem ich, in Reue und Groll tretend, zusammen mit Dir treu und ehrlich gebietet habe. Das Attentat des Knezewitsch war von Alexander und seiner Draga vorbereitet.“ — Möglich ist das, aber ob man Georgiewitsch trauen darf, ist doch eine Frage.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 25. Juli 1903.

* Ihre Majestät die Königin-Witwe wird morgen Donnerstag, den 23. Juli nach mehrtägigem Aufenthalte Sibirienort wieder verlassen und abends in der Kgl. Villa Strehlen eintreffen.

* Zur Aenderung des Landtags-Wahlrechts äußert sich die „Nationalliberale Korrespondenz“ wie folgt: „Die tschechische Regierung muß vor der Sozialdemokratie